

Das emanzipatorische Projekt »Postwachstumsökonomien«

Ein Interview mit Andrea Vetter und Matthias Schmelzer, durchgeführt von Meret Batke, Mai Anh Ha und Bastian Lange

Andrea Vetter schreibt, forscht, erzählt und organisiert für einen sozialökologischen Wandel; vor allem für das »Haus des Wandels« in Ostbrandenburg, für das »Konzeptwerk Neue Ökonomie« in Leipzig und für die Zeitschrift »Oya: enkeltauglich leben«.

Matthias Schmelzer arbeitet beim »Konzeptwerk Neue Ökonomie« zu gesellschaftlichen Utopien und Degrowth und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Jena. Er ist in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv und schreibt wissenschaftliche und journalistische Texte.

Wie grenzt ihr euch in der Auseinandersetzung mit Postwachstumsökonomien von rechten Raumsemantiken ab?

Matthias Schmelzer: Eine der zentralen Stoßrichtungen der Postwachstumsdiskussion ist, der neoliberalen, autoritären und fossilen Globalisierung die Vision einer an Bedürfnissen orientierten kleinräumigeren Wirtschaftsweise entgegenzustellen. Das hat oberflächlich gesehen gewisse Ähnlichkeiten mit rechten Raumsemantiken oder Vorstellungen, sodass Rechte an einigen Stellen auch das Stichwort »Postwachstum« aufgegriffen haben. Gerade der völkische »Flügel« der AfD vertritt inhaltliche Positionen, die sich auf Kleinräumigkeit beziehen, diskursiv wird das aber seit einigen Jahren nicht mehr mit dem Wort »Postwachstum« benannt. Aus einer emanzipatorischen, linken Perspektive ist diese Möglichkeit zur Vereinnahmung natürlich ein Problem für eine kritische Auseinandersetzung mit und eine Vision für eine regionalisiertere und deglobalisiertere Wirtschaft.

Deswegen muss aus unserer Sicht die Grundmotivation und der Fokus für emanzipatorische Postwachstumspolitiken immer eine globale Gerechtigkeitsperspektive sein, die mit einem Plädoyer für offene Grenzen einher-

geht. Offen jedoch vor allem in Bezug auf Bewegungsfreiheit von Menschen, nicht unbedingt auch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital – da kann es durchaus sinnvoll sein, über gewisse Einschränkungen zu diskutieren. Bei der Umsetzung einer Postwachstumsökonomie in einer globalisierten Weltwirtschaft ist beispielsweise eine Kontrolle von Kapitalströmen sicherlich notwendig.

Wir versuchen aus einer linken Perspektive, Antworten auf diese aktuelle Diskussion zu dem Problem von Grenzen und Ökologie zu formulieren. Um diese Abgrenzung von kulturell geschlossenen »Bioregionen« deutlich zu machen, wird in der Postwachstumsdebatte von einer »offenen Relokalisierung« gesprochen. Ein zentraler Teil von Postwachstumspraktiken, welcher noch viel zu wenig umgesetzt wird, ist eben beispielsweise auch die praktische Solidarität mit Geflüchteten, die sich ihr Recht auf Bewegungsfreiheit genommen haben.

*Ist das eine Art von Innerer Dekolonialisierung oder Deimperialisierung, die jede*r individuell betreiben muss?*

Matthias Schmelzer: In der Postwachstumsdebatte geht es darum, ökonomische Kategorien, die wir verinnerlicht haben, und unsere Vision davon, was ein gutes Leben aus der westlichen Perspektive ausmacht, zu hinterfragen. Es gibt aber auch Kritik an dem Konzept der »Dekolonialisierung des Imaginären« von Serge Latouche, einem der frühen Vordenker von Degrowth. Diese Kritik sagt im Wesentlichen, dass »Kolonialisierung« und »Dekolonialisierung« Begriffe sind, welche für einen ganz spezifischen Kontext geprägt worden sind und heute eigentlich als Hauptfunktion haben, sich mit Rassismus und den Folgen von Kolonialisierung zu beschäftigen. Bei der Übertragung des Begriffs auf einen anderen Bereich wird diesem Begriff dann das kritische Potenzial genommen und angeeignet für etwas anderes. Die Grundidee, eingefahrene Vorstellungsweisen über hierarchische Gesellschaft und Wirtschaft infrage zu stellen und sich davon zu befreien, ist jedoch ganz zentral für die Postwachstumsdiskussion.

Gibt es praktische Beispiele für diese Grundidee des Postwachstums?

Andrea Vetter: Es erfordert einen Perspektivwechsel, um sehen zu lernen, in welcher Welt ich mich persönlich eigentlich bewege. Ein Beispiel ist das all-

gegenwärtige Smartphone. Wenn ich mir mein Hosentaschentelefon genau anschau, welche Materialien darin verbaut sind, in welcher Fabrik es gefertigt wurde, welche Infrastrukturen für seinen Betrieb benötigt werden, lerne ich zu sehen, welche Beziehungen darin stecken – nämlich ausbeuterische Beziehungen, die über den gesamten Globus gespannt sind. In der Materialität der ganz alltäglichen Dinge, mit denen wir uns umgeben, stecken die ganzen wachstumsgetriebenen globalen Ausbeutungsverhältnisse drin – sei es im Beton unserer Häuser, im Plastik und der Mikroelektronik unserer Arbeitsgeräte oder im fossilen Brennstoff, der uns bewegt und wärmt. Diesen Blick auf die Welt zu schärfen, hilft wahrzunehmen, in welcher Welt ich mich befinde und mich dann kollektiv mit anderen gemeinsam zu engagieren, diese ausbeuterischen Beziehungen zu verändern.

Bieten Prozesse wie der geplante Kohleausstieg aktuell eine Chance?

Andrea Vetter: Ja, das könnten sie durchaus – in der Lausitz ist beispielsweise geplant, bis in die 2030er Jahre 17 Milliarden Euro in den sogenannten Strukturwandel zu investieren. Dieses Geld könnte eine sozialökologische Modellregion anstoßen, wenn vor Ort viel mehr mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gearbeitet werden würde. Stattdessen wird das Straßennetz ausgebaut und mit Steuererleichterungen versucht, Industrie anzusiedeln. Ich finde es fatal, wie so mit den Konzepten von gestern – mit derselben imperialen Lebens- und Wirtschaftsweise, die zu ökologischen und sozialen Zerstörungen führt und geführt hat – versucht wird, die nächsten 20 Jahre fortzuschreiten. Die Menschen in der Lausitz haben nach 1990 bereits einen Strukturwandel erlebt, der eine brutale Abwicklung war –, jetzt haben sie es verdient, dass nicht dieselben »blühenden Landschaften« versprochen werden, die schon in den vergangenen 30 Jahren nicht kamen.

Was sind Kernthemen und Kernprozesse einer emanzipatorischen Postwachstumsökonomie, auch in Bezug auf Raumbezüge, die von rechts kommen?

Matthias Schmelzer: Der rechte und rassistische Bezug auf Raum ist der, geschlossene, bioethnische Regionen zu stärken. Bei Postwachstum geht es um das Gegenteil, nämlich um globale Gerechtigkeit, um deretwillen in einigen Bereichen – wie dem sogenannten Freihandel – Globalisierungsprozesse zurückgedrängt werden müssen. Durch diese etwas komplizierte

Begründungslinie fällt es der Postwachstumsdiskussion teilweise nicht sehr leicht, innerhalb der linken, emanzipatorischen Debatten Fuß zu fassen. Da gibt es viel Skepsis, weil historisch gesehen meistens Konzepte, die Regionalisierung und Kritik am Industrialismus in den Vordergrund gerückt haben, nicht Perspektiven waren, die globale Gerechtigkeit stark machen.

Es ist vor allem notwendig, über eine sozialökologische Transformation zu reden und den Menschen die Angst zu nehmen vor der Zukunft und den Veränderungen. Das muss auf einer ganz konkreten Ebene geschehen, weshalb sozialpolitische Forderungen in der Postwachstumsdiskussion eine sehr starke Rolle einnehmen. Es geht darum, ökologische und soziale Fragen sehr eng miteinander zu verschränken.

In fast allen Konzepten von Postwachstum spielt eine radikale Umverteilung von Vermögen und Einkommen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene eine Schlüsselrolle – Konzepte, die eine starke Grundsicherung in den Vordergrund stellen oder Konzepte einer radikalen Verkürzung der durchschnittlichen Arbeits- und Erwerbszeit. Das wären durchaus Vorschläge, die in Modellregionen wie der Lausitz, wo Transformationen schnell und einschneidend umgesetzt werden, experimentell erprobt werden könnten. Aber es muss natürlich auch gesamtgesellschaftlich die Verantwortung übernommen werden und eine Finanzierung sichergestellt sein, um so etwas überhaupt zu ermöglichen. Da fehlt jedoch bisher der Wille, Transformationen voranzubringen und zu überlegen, was eigentlich notwendig wäre.

Ist es verständlich, dass Menschen beispielsweise in der Lausitz Angst vor einer dritten – ökologischen – Transformation haben?

Matthias Schmelzer: Die sogenannten »Reformen« oder »Transformationen« der letzten Jahrzehnte haben nicht dazu geführt, das Leben der meisten Menschen zu verbessern, weswegen eine Angst oder Sorge insofern verständlich ist, als dass Transformationen für die Menschen meistens etwas Schlechtes bringen. Problematisch ist es, Verständnis dafür aufzubringen, den Sündenbock bei Menschen zu suchen, die noch weniger Privilegien, weniger Ressourcen und Zugang zu Macht haben. Das passiert jedoch gerade, weil der Sündenbock im weitesten Sinne bei Migrant*innen gesucht wird. Dabei gibt es viele Untersuchungen, die zeigen, dass es gar keinen naheliegenden rationalen Zusammenhang zwischen den Problemen in ostdeutschen ländlichen Regionen und der Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte gibt.

Trotzdem haben viele diese Annahme und sehen Konzepte wie Heimat und eine rechtsnationalistische Politik als Lösung. Gegenüber solchen rassistischen Einstellungen gilt es, klare Kante zu zeigen. Und es ist wichtig, deutlich zu machen, dass die Wirtschaftspolitik der AfD keine ist, die den »kleinen Leuten« Vorteile bringt – im Gegenteil. Trotzdem ist es eine große Herausforderung, wie in der aktuellen politischen Situation überzeugend rübergebracht werden kann, dass die jetzt anstehende sozialökologische Transformation eine ist, die tatsächlich ein gutes Leben für alle in den Vordergrund stellt.

Andrea Vetter: Mir ist es auch wichtig, da nicht von oben draufzuschauen und beispielsweise alle ostdeutschen ländlichen Regionen über einen Kamm zu scheren. Wenn man wirklich in ein konkretes Dorf geht und mit den Menschen spricht, stellen sich die Verhältnisse in jedem Dorf anders dar. Ein Dorf soll einem Tagebau weichen – da sind die Einwohner*innen natürlich froh, wenn der Kohleausstieg schnell kommt und ihr Dorf stehen bleibt. In einem anderen Dorf nebenan arbeiten einige Männer im Tagebau und haben Angst vor Arbeitsplatzverlust.

Im dritten Dorf sind die Menschen resigniert, weil die dortige Solarpanelfabrik vor einigen Jahren den Geist aufgegeben hat, durch EEG-Gesetze, die eine ganze Branche der erneuerbaren Energien in Ostdeutschland platt gemacht hat, die übrigens ähnlich viele Beschäftigte hat wie die Braunkohleindustrie.

Der Unterschied ist jedoch, dass eine mächtige Lobby hinter der einen Branche steht und hinter der anderen nicht. Oft werden dadurch mediale Phänomene und Diskurse aufgebauscht, die überhaupt nicht die Lebensrealität und die Wahrnehmung der Leute vor Ort widerspiegeln.

Wie zeigt sich die rechte Raumsemantik in Transformationsregionen in Ostdeutschland?

Andrea Vetter: In vielen ostdeutschen Kommunen wählen sehr viele Menschen über 60 tendenziell tatsächlich eher links, noch aus historischen Gründen, während gerade in Thüringen z. B. bei der Wahl vor allem die Menschen zwischen 30 und 45 die rechten Parteien wie die AfD gewählt haben. Da geht die Saat auf von einem politischen Vakuum in den 1990er Jahren, als plötzlich der Staat weggefallen ist als Institution, in der sich Jugendliche sozialisierten. Damals sind ganz gezielt rechtsextreme Kräfte aus Westdeutschland in den Osten gekommen, um dort »Missionarsarbeit« zu leisten. Es ist

also nicht einfach so passiert, dass »die Leute« auf dem Dorf plötzlich ihren Rassismus entdeckt haben, sondern dieser wurde auch gezielt von rechts-extremen Aktivist*innen mitgebracht und gefördert.

Es ist aber auch wichtig, den Blick auf gute Beispiele und Möglichkeiten zu richten: Es gibt viele engagierte Akteur*innen vor Ort, die dem seit Jahrzehnten Jugendarbeit und Bildungsarbeit entgegensetzen, und gerade in sogenannten strukturschwachen Regionen auch viele Raumpionier*innen, die kreative, emanzipatorische und ökologische Lebensweisen ausprobieren. Ich denke, da gibt es durchaus Anknüpfungspunkte für Postwachstumsdiskussionen – bei diesen neuen Akteur*innen, die entstandene Freiräume bespielen, aber auch bei den Erfahrungen und Kenntnissen der älteren Generationen vor allem im ländlichen Ostdeutschland, für die Subsistenzproduktion, Reparieren und Ressourcensparsamkeit noch immer gelebter Alltag sind. Es ist durchaus möglich, diese Subsistenzorientierung vor Ort an nachhaltige, feministische und antirassistische Kontexte anzuschließen, statt an rechte.

Matthias Schmelzer: Realistisch gesehen ist es auch verständlich, dass Postwachstumskonzepte eher in städtischen Kontexten Anklang finden, da es ja um eine Deprivilegierung der Menschen geht, die besonders stark von der imperialen Lebensweise profitieren. In Städten leben Menschen, die am stärksten Teil haben an der imperialen Lebensweise, die am häufigsten fliegen, die das höchste Konsumaufkommen haben, da hohe Einkommen sehr stark mit dem ökologischen Fußabdruck korrelieren. Da ist es auch wichtig, den Diskurs geradezurücken. Das Hauptproblem der imperialen Lebensweise und der Klimakatastrophe sind nicht die Autofahrer*innen auf dem Land in Ostdeutschland, es sind auch nicht die Kohlearbeiter*innen, sondern es ist eine wachstumsorientierte, konzerngetriebene Wirtschaftsweise, von der eine vor allem städtische, global ausgerichtete Elite profitiert.

Ist es lernbar, postwachstumsorientiert zu leben?

Matthias Schmelzer: Der anstehende Transformationsprozess ist ein unglaublich vielschichtiger und komplexer und ein langfristiges Projekt. Wenn wir uns für eine ökologische, soziale und demokratische Wirtschaft einsetzen, ist es wichtig, Transformationsstrategien zusammen zu denken. Es braucht Freiräume, in denen Alternativen im Kleinen ausprobiert werden können und neue postwachstumsorientierte Praktiken gelernt werden können. Ge-

nauso brauchen wir aber auch tiefgreifende Reformen in Institutionen und Infrastrukturen und starke soziale Bewegungen, die eine Gegenhegemonie erkämpfen. Das ist besonders wichtig, denn was die gerade agierenden politischen Parteien in ihren Parteiprogrammen ausführen, ist aus unserer Perspektive überhaupt nicht ausreichend für eine zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft. Deswegen ist unser Ansatzpunkt eher, soziale Bewegungen zu stärken, zivilgesellschaftliche Diskurse voranzutreiben und dadurch den Raum dessen zu verschieben, was denkbar und möglich ist.

Andrea Vetter: Das »Konzeptwerk Neue Ökonomie« ist seit Jahren an der Organisation von vielen Konferenzen beteiligt, aber wir gehen auch mit den Degrowth-Sommerschulen gezielt an Orte wie z. B. in Klimacamps. Solche temporären Orte als heterotopische Orte haben ein unglaublich wichtiges Potenzial, um Menschen, die in ihrem Alltag schon an Veränderungen dran sind, sei es theoretisch oder praktisch – oder beides –, durch einen gemeinsamen gelebten Erfahrungsraum zu stärken. Für eine Woche entsteht so eine starke Resonanz zwischen vielen Menschen, die mitbekommen, was es praktisch heißt, selbstorganisiert mit Komposttoiletten, eigener Stromerzeugung und gemeinschaftlicher Versorgung zu leben.

Solche Erfahrungen bei Workshops, Camps, Konferenzen oder praktischen Arbeiten nennen wir transformatives Lernen. Unsere Zielgruppe sind oft mehrheitlich junge, akademisch geprägte Menschen, die wichtige Richtungsentscheidungen wie Berufswahl und Lebensort in ihrem Leben noch vor sich haben. Wenn viele von diesen Menschen früh in ihrer professionellen Karriere den Impuls haben, ihren Lebensweg ganz anders anzugehen und die Überzeugung gewinnen, dass diese Art von kapitalistischer Wirtschaftsweise in den kompletten Ruin führt, dann macht das einen großen Unterschied, wenn diese Menschen dann später selbst solidarökonomische Organisationen gründen, Projekte beginnen oder bestehende Institutionen von innen verändern. Ich beobachte, dass diese Erfahrungen, die in diesen temporären Räumen gemacht werden, kaum überschätzt werden können.

Welche Transformationsstrategien braucht es, um hin zu einer Postwachstumsgeellschaft zu wirken?

Andrea Vetter: Wir arbeiten mit verschiedenen sozialen Bewegungen zusammen, die unterschiedliche Zielgruppen haben, z. B. mit dem Netzwerk

»Care Revolution«, in dem sich über 80 kleinere Gruppierungen zusammengeschlossen haben, die sich mit dem Thema Sorgearbeit beschäftigen, und zwar sowohl mit den Menschen, die hauptamtlich oder unbezahlt zu Hause Sorgearbeit leisten – wie Krankenpfleger*innen, Erzieher*innen oder pflegende Angehörige –, als auch mit denjenigen, die Sorge empfangen und beispielsweise Assistent*innen beschäftigen.

Die Idee ist, einen gesellschaftlichen Diskurs über Sorgearbeit anzustoßen. Die Menschen, die bei »Care Revolution« aktiv sind, stoßen über andere Perspektiven auf die Notwendigkeit einer Gesellschaft jenseits des Wachstums als über die ökologische Problematik. Unsere These ist, dass soziale und ökologische Krisen zusammenhängen und es wichtig ist, diese gemeinsam zu verhandeln. Ganz konkret bedeutet das, die ökologische Frage in die Frage nach Sorgearbeit und Umgestaltung der Wirtschaft mit hineinzutragen und auch umgekehrt zu sagen, dass – wenn wir aus ökologischer Perspektive eine ganz andere Wirtschaft brauchen – wir die Sorgearbeit in das Zentrum dieser ganz anderen Wirtschaft stellen müssen. Wir arbeiten mit Akteur*innen mit verschiedenen Startpunkten und entwerfen und unterstützen Strategien, wie verschiedene Anliegen enger miteinander verwoben werden können.

Welche Herausforderungen treten auf?

Andrea Vetter: Wir brauchen institutionelle, grundlegende Reformen, welche die Handlungsspielräume für bestehende Freiräume erweitern. In jedem Moment, an dem wir an einem konkreten Ort an einem Freiraum basteln, fällt auf, dass bestehende Gesetze, Subventionen, juristische Formen in der Regel an profitorientierten und großen Akteuren ausgerichtet sind und gegen sozialökologische Pionier*innen arbeiten. Grundlegende institutionelle Reformen, welche die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens ändern – top-down, wenn man so will – und Bottom-up-Strategien des Erschaffens solidarischer Lebensweisen vor Ort braucht es zur gleichen Zeit, sie inspirieren und informieren sich gegenseitig. Um das zu erreichen, brauchen wir eine Gegenhegemonie, die Interventionen in der Medienöffentlichkeit und Bildung bedeuten, aber auch Praxen wie zivilen Ungehorsam und Formen des radikalen Aufstehens mit einschließt. All das geschieht gleichzeitig und erfordert Wertschätzung und Respekt untereinander. Denn jede*r Einzelne von uns kann nicht alle Felder gesellschaftlichen Wandels gleichzeitig bespielen, aber gemeinsam können wir eine Menge erreichen.